

Antrag 220/I/2025**AG Selbst Aktiv Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Fortschreibung Maßnahmenplan „Berlin inklusiv“ sichern**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats
 2 und des Berliner Abgeordnetenhauses werden aufgefor-
 3 dert, sich im Hinblick auf den Doppelhaushalt 2026/2027
 4 für die Bereitstellung und Sicherung der notwendigen fi-
 5 nanziellen Ressourcen für eine zukunftsorientierte Fort-
 6 schreibung einer gesamtstädtischen Strategie einzuset-
 7 zen, um Berlin zu einer tatsächlich inklusiven Stadt wei-
 8 terzuentwickeln. Grundsätzlich gilt: Barrierefreiheit als
 9 Qualitätsstandard hat alle Lebensbereiche zu umfassen.

10

11 Gefordert wird

- 12 • die Fortsetzung der Strategiekonferenz Inklusion
 13 und Eingliederungshilfe
- 14 • ein zweiter Maßnahmenplan „Berlin inklusiv“, der
 15 nahtlos an den Ende 2025 endenden Maßnahmen-
 16 plan anschließt
- 17 • das regelmäßige Aufgreifen entsprechender Diskus-
 18 sionen und Ergebnisse in die tatsächliche Politikbe-
 19 fassung des Berliner Senates und des Berliner Abge-
 20 ordnetenhauses.

21

Begründung

22 Der Berliner Maßnahmenplan 2020 bis 2025 war/ist
 23 ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der UN-
 24 Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) und setzt
 25 ein klares Zeichen für ein ressortübergreifendes Disability
 26 Mainstreaming: Jede Senatsverwaltung stärkt die Rechte
 27 und Belange von Menschen mit Behinderungen bei
 28 Maßnahmen eigenverantwortlich und beteiligt sie und
 29 die sie vertretenden Organisationen.

30

31 Der Aktionsplan hat wesentlich dazu geführt, dass das Be-
 32 wusstsein für die demokratischen Rechte von Menschen
 33 mit Behinderungen senatsverwaltungsübergreifend und
 34 in der Berliner Bevölkerung gestiegen ist. Dieser Prozess
 35 darf im Hinblick auf die Entwicklung und Umsetzung des
 36 Berliner Maßnahmenplans 2027-2032 nicht gestoppt wer-
 37 den. Nur die Sicherstellung der notwendigen Ressourcen
 38 im Doppelhaushalt 2026/27 gewährleistet die Entwick-
 39 lung partizipativ erarbeiteter Strategien für ein neues in-
 40 klusionspolitisches Maßnahmenpaket für ganz Berlin für
 41 die nächsten fünf Jahre. In diesen demokratischen Pro-
 42 zess sind weiterhin alle gesetzlich festgelegten behinder-
 43 tenpolitischen Akteur*innen des Landes Berlin einzube-
 44 ziehen.

45

46 In allen Bundesländern werden Aktions- und Maßnah-
 47 menpläne zur Umsetzung der UN-BRK alle Jahre fortge-

Empfehlung der Antragskommission**Überweisen an: AH Fraktion (Konsens)**

49 schrieben und umfassen mittlerweile umfassende Kon-
50 zepte zur Partizipation der Zivilgesellschaft und Digitali-
51 sierung. Berlin darf in dieser Entwicklung nicht zurückste-
52 hen sondern muss diesen demokratischen Prozess auch
53 für die kommenden Jahre sicherstellen.